

Deutschland kann seinen Wohlstand nur mit Innovationen sichern

0. Inhalt

1. Der Forschungsstandort Deutschland
2. Grundsätze und Ziele der CDU-Forschungspolitik
3. Bilanz 2005 bis 2009: Erfolge der CDU-Forschungspolitik
4. Legislaturperiode 2009 bis 2013: Vorhaben in der Forschungs- und Innovationspolitik

1. Der Forschungsstandort Deutschland

Innovationen treiben die Wirtschaft, sichern Wohlstand, Beschäftigung und Zukunftsfähigkeit. Im Zeitalter der Globalisierung sind sie für Deutschland lebensnotwendig. Nur mit Forschung und Innovation werden wir die Wirtschaftskrise überwinden und zu nachhaltigem Wachstum kommen.

Forschung und Entwicklung sind unverzichtbar für den medizinischen Fortschritt, für eine umweltfreundliche Energieversorgung, zur Erreichung unserer ehrgeizigen Klimaschutzziele, für Mobilität, Kommunikation, die Bewältigung neuer Herausforderungen in der Sicherheit (Terrorismus, Angriffe im Internet usw.) und die gesunde Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung.

Die Position Deutschlands im internationalen Forschungs- und Innovationswettbewerb ist gut. Wir haben eine leistungsfähige Forschungslandschaft aus Hochschulen und öffentlichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Max-Planck- und der Fraunhofer Gesellschaft, der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft. Mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft haben wir eine hervorragende Förderorganisation. Auf vielen Gebieten erzielt unsere Forschung Spitzenergebnisse. Deutsche Industrieunternehmen sind bei Innovationen die Nummer 1 in Europa und weltweit sehr stark im Technologie-Export.

Doch wir dürfen uns nicht ausruhen. Im Wettlauf um Technologievorsprünge bekommen wir zunehmend Konkurrenz im globalen Wettbewerb. Insbesondere die Schwellenländer Asiens, China und Indien, aber auch die osteuropäischen Länder agieren dynamisch und holen auf. Auch die USA, Schweden, Finnland, Japan und die Schweiz investieren deutlich mehr, zum Teil liegen dort Forschung und Entwicklung weit über 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Deutschlands Innovationserfolge basieren vor allen Dingen auf den traditionellen Bereichen, wie dem Automobilbau. In der Spitzentechnologie müssen wir noch zulegen. Auch der Technologietransfer muss sich beschleunigen. Wenn die Konjunktur wieder anspringt, droht in einigen Branchen ein Ingenieur- und Fachkräftemangel.

2. Grundsätze und Ziele der CDU-Forschungspolitik

Es ist unser Anspruch, eine führende Forschungs- und Technologie-Exportnation zu bleiben. Auch geht es uns darum, unser Land grundlegend zu erneuern. Wir wollen den besten Fortschritt, die beste Technik, die Wohlstand und Nachhaltigkeit dauerhaft sichern. Wir wollen Wissen nutzen, statt Rohstoffe zu verschwenden. Auch die Herausforderungen des demographischen Wandels werden wir mit Forschung und Innovation annehmen und bestehen.

Die CDU steht für den Ausbau des Forschungsstandortes. Deutschland soll zu einem der weltweit leistungsfähigsten Standorte für Wissenschaft, Forschung und Innovation werden.

Wir setzen auf Fortschritt und Ideen, fördern Talente und sagen Ja zu der Arbeit der Forscher und zu neuen Technologien. Erfolgreiche Forschung braucht Unterstützung und Förderung. Behinderungen und Einschränkungen durch fehlende Finanzierung, hohe bürokratische Hürden sowie unnötige staatliche Eingriffe müssen beseitigt werden. Forschung und Wirtschaft müssen enger vernetzt werden, damit in Deutschland neue Unternehmen, Verfahren, Produkte und gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen. Unser Ziel ist ein wissensbasierter Wirtschaftsraum – wettbewerbsfähig und dynamisch!

Klares Bekenntnis zur Forschungsfreiheit

Die CDU bekennt sich zur Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Die zweckfreie Grundlagenforschung, die vorrangig dem Erkenntnisgewinn dient, muss besonders gefördert werden. Ideologische Schranken in der Forschungspolitik darf es nicht geben. Die Forschungsfreiheit findet jedoch ihre Grenzen, wo die unantastbare Würde des Menschen berührt wird und die Schöpfung gefährdet ist.

Leistungsfähiges Forschungssystem

Die CDU will ein leistungsfähiges Forschungssystem, das in der Lage ist, Spitzenergebnisse zu erzielen und qualifizierte Wissenschaftler in ausreichender Zahl auszubilden. Dabei setzen wir auf Exzellenz, Internationalität und Interdisziplinarität. Besonders wichtig ist für die CDU:

- die Hochschulforschung. Sie bedarf der besonderen Unterstützung, schließlich wird hier der größte Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses ausgebildet.
- Planungssicherheit, Autonomie und Flexibilität der Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei ihren Organisationsformen, bei Personal und Investitionen.
- die Zusammenarbeit von Hochschulen, Forschungsinstituten und Wirtschaft.
- Wettbewerbselemente in der Forschungsförderung.
- die Integration der deutschen Forschung in den Europäischen Forschungsraum, der Abbau von Kooperations- und Mobilitätshemmnissen in Europa und die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit.
- eine leistungsfähige Forschungsinfrastruktur (moderne Forschungseinrichtungen, Großgeräte etc.),
- die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und von Frauen in der Wissenschaft.

Sprung auf die Zukunftsmärkte

Wirtschaft, Wissenschaft und Staat tragen gemeinsame Verantwortung für Innovationen.

Für den Sprung auf die Märkte der Zukunft müssen aus guten Ideen und Forschungsergebnissen Produkte und Dienstleistungen werden. Damit dies gelingt, setzt die CDU auf:

- die Bildung von strategischen Allianzen von Grundlagen- und angewandter Forschung, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaft zur Beschleunigung des Technologietransfers.
- strategische integrierte Innovationskonzepte für die Entwicklung wichtiger Schlüsselbereiche, wie die Nanotechnologie, Biotechnologie, optische Technologien, Informations- und Kommunikationstechnologien, neue Materialien und Werkstoffe, technologieorientierte Dienstleistungen etc.
- gute Rahmenbedingungen für technologieorientierte zukunftssträchtige Wirtschaftsbereiche, wie Information und Kommunikation, Energie und Umwelt, Verkehrssysteme, Lebensmittel, Medizin, Pharma und Chemie.
- ein innovatives Beschaffungswesen des Staates.
- die Bildung innovativer Netzwerke und Cluster aus Wissenschaft, Unternehmen und Kapitalgebern.
- die Sicherung der Innovationskraft des Mittelstandes und die Unterstützung von jungen Hightech-Unternehmen, insbesondere von Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
- eine innovationsfreundliche Finanzpolitik, die steuerliche Anreize für zusätzliche Innovationen bietet und gute Rahmenbedingungen für die Gründungs- und Innovationsfinanzierung durch Wagniskapital.
- die Anwendung innovativer Technologien in Deutschland.
- die Nutzung der Innovationspotentiale in den neuen Bundesländern durch den systematischen Ausbau der besonderen Stärken der Regionen. Die nach der Wie-

derevereinigung entstandene hochmoderne Forschungslandschaft bietet dafür beste Voraussetzungen.

Mehr Bewusstsein für Forschung und Innovation

Die CDU will mehr öffentliches Bewusstsein für die Bedeutung von Forschung und Innovation schaffen und bereits Kinder und Jugendliche stärker für Forschung und Technik begeistern.

3. Bilanz 2005 bis 2009: Erfolge der CDU-Forschungspolitik

Seit die CDU wieder regiert (2005) werden mit zusätzlichen Mitteln und mit besseren Förder- und Rahmenbedingungen die Weichen für Forschung, Wissenschaft und Innovation neu gestellt. Der Aufbruch ist unübersehbar. In der öffentlichen Forschungslandschaft haben sich neue Strukturen der Zusammenarbeit herausgebildet, Exzellenz ist sichtbar geworden. Die Wirtschaft hat vor allem die zahlreichen Initiativen der Hightech-Strategie aufgegriffen. Das hat sich positiv auf die Innovationsdynamik ausgewirkt. Von 2000 bis 2005 stiegen die Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Wirtschaft um knapp 3,1 Mrd. Euro, von 2005 bis 2008 dagegen um 7,1 Mrd. Euro.

Im Einzelnen:

Rekordsteigerung der Forschungsmittel

Schon die erste Regierung Merkel hat mehr Geld als jemals zuvor in die Innovationsfähigkeit Deutschlands investiert. 2009 sind die Forschungsausgaben des Bundes auf mehr als 12 Mrd. Euro gestiegen und liegen damit heute um ein Viertel höher als 2005.

Über 40 Mrd. Euro hat die CDU-geführte Bundesregierung in der Legislaturperiode 2005 bis 2009 für Forschung, Technologie und Innovation ausgegeben – das sind 7 Mrd. Euro mehr als die Regierung Schröder zuvor. Hinzu kommen noch 1,4 Mrd. Euro aus dem Konjunkturpaket für 2009 und 2010.

Forschung für Mensch und Umwelt

Neue Schwerpunkte in der Forschungspolitik sind gesetzt. Die Herausforderungen der

Zukunft wurden angenommen. Beispiele sind der demografische Wandel und die Verstärkung der Gesundheits- und Altersforschung, das Programm zur Entwicklung ziviler Sicherheitstechnologien, die Aufstockung der Forschung zum Klimawandel und die Sicherung der Kernenergieforschung.

Hightech-Strategie

Im Sommer 2006 hat die Bundesregierung eine nationale Strategie zur Eroberung der Schlüsselmärkte von morgen vorgelegt. Alle Bundesressorts sind in die Hightech-Strategie eingebunden. Sie schlägt Brücken von der Wissenschaft in die Wirtschaft. In 17 zentralen Zukunftsfeldern wie Logistik, Optik, Gesundheit, Information und Kommunikation, Luft- und Raumfahrt wurde genau analysiert, wo Deutschland steht und was getan werden muss. Für jedes Gebiet gibt es einen Fahrplan. Zudem hat die Hightech-Strategie auch übergreifende Elemente, mit ihr werden neue Förderinstrumente eingeführt. Ein Beispiel ist der Wettbewerb der Spitzencluster. Er gibt Impulse zur Bündelung der Kräfte von Wissenschaft und Wirtschaft und schafft internationale Anziehungspunkte der Innovation in Deutschland.

Mehr Engagement für Hightech-Gründungen und den innovativen Mittelstand

Die Innovationsförderung des Mittelstands ist in der letzten Legislaturperiode um jährlich mehr als 10 Prozent gestiegen. 2007 wurde der Mittelstand bei Forschungsvorhaben bereits mit 750 Mio. Euro unterstützt. Die Mittel wurden im Rahmen des Konjunkturpaketes noch deutlich gesteigert.

Die Beantragung und Bewilligung von Fördermitteln für kleinere und mittlere Unternehmen ist vereinfacht worden, der Förderdschungel gelichtet. Kleinere und mittlere Unternehmen haben durch die Initiative KMU-innovativ erleichterten Zugang zu den Spitzentechnologieprogrammen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Die Technologieförderung des Bundeswirtschaftsministeriums für den Mittelstand wurde in dem zentralen Programm ZIM (Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand) gebündelt und nutzerfreundlich gestaltet. Hieraus gibt es v.a. Zuschüsse und zinsgünstige Kredite für Innovationsvorhaben, besonders gefördert werden die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und der Ausbau von Kompetenznetzwerken.

Die Finanzierung von Hightech-Gründungen und ihr Wachstum über privates Beteiligungskapital wurden erleichtert. Das Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen beinhaltet steuerliche Vergünstigungen für Wagniskapital- und Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, damit über sie mehr Beteiligungskapital für junge Unternehmen zur Verfügung gestellt wird.

Technologieneugründungen konnten auch direkt über den Hightech-Gründerfonds I gefördert werden. Er ist als Public-Private-Partnership organisiert und investiert Risikokapital in chancenreiche Technologieunternehmen. Als Partner konnten namhafte Konzerne gewonnen werden. Sein Volumen ist auf 272 Mio. Euro angewachsen.

Für mehr Gründergeist an den Hochschulen sorgt die Förderinitiative EXIST des Bundeswirtschaftsministeriums.

Stärkung der Hochschulforschung

Seit 2006 läuft der erste Exzellenzwettbewerb der Universitäten. 1,9 Mrd. Euro stehen bis 2012 zur Verfügung, 70 Prozent davon trägt der Bund. Neun Spitzenhochschulen sind identifiziert und an insgesamt 41 Universitäten werden Forschungscluster und Graduiertenschulen gefördert. Durch die Exzellenzinitiative hat der deutsche Hochschulstandort deutlich an Profil und Dynamik gewonnen. Er ist im internationalen Wettbewerb um die besten Wissenschaftler und Studenten gestärkt. In den geförderten Projekten wurden bis Mitte 2009 rund 4200 Wissenschaftler rekrutiert – 25 Prozent aus dem Ausland. Kooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wurden angeregt. Überall in Deutschland haben sich neue Organisationsformen der Zusammenarbeit entwickelt. Ein Beispiel ist das KIT (Karlsruher Institut für Technologie), ein Zusammenschluss von Universität und Forschungszentrum. So kommen Synergieeffekte in der deutschen Forschungslandschaft zum Tragen.

Auch die Forschung an Fachhochschulen ist ausgebaut worden. Der Bund stellt jährlich bis zu 30 Mio. Euro für die angewandte Forschung an Fachhochschulen bereit, das jeweilige Sitzland trägt mindestens 10 Prozent der Projektkosten.

Seit 2007 gibt es für die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekte ein zusätzliches Plus von 20 Prozent der Fördersumme (Programmkostenpauschale) zur Abdeckung der Verwaltungs- und Allgemeinkosten, die mit Forschungsprojekten verbun-

den sind.

Pakt für Forschung

Den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurde bis 2010 ein verlässlicher Aufwuchs von 3 Prozent jährlich garantiert.

Wissenschaftsfreiheitsinitiative

Unser Ziel ist es, den öffentlichen Forschungseinrichtungen mehr Handlungsfreiheit zu geben und sie von den Fesseln der Bürokratie zu befreien. Als erster Schritt wurde ein Fünf-Punkte-Plan für mehr Selbständigkeit der Einrichtungen der großen Forschungsorganisationen beschlossen. Damit wurden haushaltsrechtliche Spielräume erhöht und Stellenpläne im Rahmen eines Pilotprojekts abgeschafft. Anstellungskonditionen von Wissenschaftlern können flexibler verhandelt werden, Bauverfahren wurden erleichtert und Waren und Dienstleistungen können schneller beschafft werden. Die Kooperation mit der Wirtschaft ist ebenfalls einfacher geworden, weil die Genehmigungsverfahren für die Beteiligung der Forschungseinrichtungen an Joint-Ventures und Ausgründungen erheblich gestrafft wurden.

Weiterentwicklung der Ressortforschung

Die Ressortforschungseinrichtungen sind den Bundesministerien direkt zugeordnet und übernehmen zum Teil hoheitliche Aufgaben. Bekannte Beispiele sind die Physikalisch-Technische-Bundesanstalt oder das Robert-Koch-Institut für Gesundheit. Bei den Ressortforschungseinrichtungen ist ein Modernisierungsprozess eingeleitet worden. Sie werden noch leistungsfähiger gemacht für die wissenschaftsbasierte Politikberatung.

Perspektiven für junge Wissenschaftler

Durch ein neues Wissenschafts-Zeitvertragsgesetz erhalten vor allem junge Wissenschaftler bessere berufliche Perspektiven. Sie können auch nach der Qualifizierungsphase von 12 Jahren (15 Jahren Medizin) auf drittmittelfinanzierten Stellen weiterbeschäftigt werden.

Hochschulpakt (Bund/Länder Programm zur Schaffung von neuen Studienplätzen) und Exzellenzinitiative (siehe Hochschulforschung) haben zu einem spürbaren Ausbau der

Qualifizierungsmöglichkeiten und der Personalkapazitäten für den wissenschaftlichen Nachwuchs geführt.

Mit neuen Zuwanderungsregelungen und verminderten Gehaltsgrenzen (63 600 Euro Jahresgehalt) wurde insbesondere ein Angebot für jüngere wissenschaftliche Fachkräfte geschaffen, dauerhaft nach Deutschland zu kommen.

Mehr Chancen für Frauen in der Spitzenforschung

An den Hochschulen wurden 200 neue Professorinnenstellen explizit gefördert. Der Einsatz für familienfreundliche Bedingungen an Hochschulen und in Forschungseinrichtungen wurde verstärkt.

Nationale Akademie

Deutschland hat eine Nationale Akademie der Wissenschaft erhalten. Im Juli 2008 ist die Akademie Leopoldina in Halle, die älteste Akademie Europas, zur Nationalen Akademie erhoben worden. Sie soll der deutschen Wissenschaft eine kraftvolle Stimme geben. Ihre Aufgabe ist es, wichtige gesellschaftliche Zukunftsthemen wissenschaftlich zu bearbeiten und die Ergebnisse Öffentlichkeit und Politik zu vermitteln. Dabei wird sie mit der ebenfalls neuen Akademie der Technikwissenschaften acatech und den Akademien der Länder, insbesondere der Berlin-Brandenburgischen Akademie, zusammenarbeiten. Die Nationale Akademie wird Deutschland auch in den internationalen Akademiegesellschaften repräsentieren.

Erstklassige Forschungsinfrastruktur

Wir haben sichergestellt, dass die öffentliche Forschungslandschaft und -infrastruktur auf der Höhe der Zeit ist. So sind in Bonn das Deutsche Zentrum für neurodegenerative Erkrankungen, in Potsdam das Institute for Advanced Sustainability Studies und in Leipzig das Biomasseforschungszentrum eingerichtet worden.

Neue Großgeräte der Forschung (Beschleuniger-, Speicherringe und Röntgenlaser) mit besten Experimentiermöglichkeiten für Wissenschaft und auch Industrie wurden und werden gebaut (XFEL und PETRA III in Hamburg, FAIR in Darmstadt). Zudem beteiligt sich Deutschland an internationalen Großanlagen, wie dem Teilchenbeschleuniger LHC am Cern (Schweiz) oder am großen Fusionsexperiment ITER (Frankreich).

Aufwertung der Geisteswissenschaften

2007 wurde ein Jahr der Geisteswissenschaften durchgeführt. Damit haben die Geistes- und Kulturwissenschaften eine besondere Wertschätzung und Unterstützung erfahren. Sie werden weiterhin von der Bundesregierung nachhaltig gefördert. Die Einrichtung von internationalen Kollegs und Mittelerrhöhungen haben sie auf Weltniveau gestärkt und kommen gerade auch den sogenannten „Kleinen Fächern“ zugute.

Forschungsfreundliches Gentechnikgesetz

Mit einer Novelle des Gentechnikgesetzes wurde die Forschung gestärkt, denn es vereinfacht und entbürokratisiert die Genehmigungsverfahren. (Einzelheiten siehe Kapitel Gentechnik von Politik A-Z)

Erneuerung des Stammzellkompromisses

Der Deutsche Bundestag hat im April 2008 die Regelungen zur Stammzellforschung aktualisiert. Stammzelllinien können unter strengen Auflagen für hochrangige Forschungsprojekte importiert werden, wenn sie vor Mai 2007 hergestellt wurden. Die Regelung sichert den Embryonenschutz und ermöglicht gleichzeitig den deutschen Wissenschaftlern international auf dem Stand der Wissenschaft zu forschen. (Einzelheiten siehe Kapitel Gentechnik von Politik A-Z)

Deutscher Ethikrat

Insbesondere in den neuen Lebenswissenschaften können schwierige ethische Fragen auftreten. Bundesregierung und Bundestag haben deshalb den Deutschen Ethikrat auf gesetzlich klarer Grundlage eingerichtet. Er berät als ein unabhängiges und interdisziplinäres Sachverständigengremium die Politik.

Ausbau des EU-Forschungsraums

Der Ausbau des EU-Forschungsraums wurde vorangetrieben. Für das siebte Forschungsrahmenprogramm stehen 54 Mrd. Euro zur Verfügung. Mit dem Europäischen Forschungsrat ist ein Instrument für die unabhängige Förderung exzellenter Grundlagenforschung geschaffen worden. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 ist auch das Europäische Technologieinstitut (EIT) auf den Weg gebracht worden, das Spitzeninstitute und –forschung in Europa vernetzen wird.

Internationalisierungsstrategie

Die CDU will, dass Deutschland die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs in Wissenschaft und Forschung erfolgreich meistert und die internationale Zusammenarbeit ausbaut. Die Wissenschaftspolitik ist für uns eine wichtige Säule moderner Außenpolitik. Dazu hat die Bundesregierung eine Strategie vorgelegt. Es geht vor allem um:

- Forschungszusammenarbeit mit den besten Wissenschaftlern und den dynamischsten Forschungsregionen, um Innovationspotentiale weltweit zu erschließen,
- mehr Präsenz der deutschen Wissenschaft und Forschung in Ausland,
- Aufbau von international sichtbaren Kompetenz- und Innovationszentren in Deutschland (z.B. durch Exzellenzwettbewerb und Spitzenclusterwettbewerb) und Einwerbung ausländischer Forschungsinvestitionen für den Standort Deutschland,
- Gestaltung der internationalen Forschungsagenda und Beteiligung an der Erforschung und Lösung globaler Probleme, wie Klimawandel und Ressourceneffizienz,
- internationale Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses mit dem Ziel, weltweit gute und sehr gute Nachwuchswissenschaftler zu werben und zu halten,
- engere Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Erfolgreiche Forschungs- und Innovationspolitik für die Neuen Länder

Nach der Wiedervereinigung wurde in den Neuen Ländern eine leistungsfähige Forschungslandschaft mit modernen Forschungseinrichtungen und Hochschulen aufgebaut und die Innovationskraft der Unternehmen gefördert. Die innovativen Unternehmen erweisen sich zunehmend als Wachstumsträger. Gleichwohl reicht die wirtschaftliche Stärke und Innovationsfähigkeit der zumeist kleineren Unternehmen noch nicht aus. Deshalb wurde die Förderung von Forschung und Entwicklung in den Neuen Ländern konsequent fortgesetzt. Mit dem Programm Spitzenforschung und Innovationen in den Neuen Bundesländern und den Zentren für Innovationskompetenz sind neue Instrumente geschaffen worden, mit denen schon vorhandene Forschungskompetenz gestärkt wird.

Die Innovationsregion Ostdeutschland ist mit der Aufwertung der Leopoldina in Halle zur Nationalen Akademie und der Einrichtung neuer Forschungsinstitute, wie dem Biomasseforschungszentrum in Leipzig und dem Institute for Advanced Sustainability Studies in Potsdam, noch einmal deutlich gestärkt worden.

Forschung wichtiger Bestandteil des Konjunkturprogramms

Die CDU-geführte Bundesregierung hat im zweiten Konjunkturpaket (Januar 2009) beschlossen, verstärkt in die Ressortforschung des Bundes zu investieren und der Wirtschaft weitere Innovationshilfen anzubieten. Dazu werden insbesondere

- für die Jahre 2009 und 2010 zusätzlich 500 Mio. Euro über KFW-Förderprogramme und -Kredite zur anwendungsorientierten Forschung im Bereich Mobilität ausgegeben. Sie dienen vor allem zur Entwicklung von Hybridantrieben, Brennstoffzell- oder Speichertechnologien.
- das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand ZIM (siehe Punkt „Mehr Engagement für Hightech-Gründungen und den innovativen Mittelstand“) noch einmal kräftig aufgestockt (jeweils 450 Mio. Euro in 2009 und 2010) und ausgeweitet. Es steht in der Zeit auch Unternehmen mit bis zu 1000 Beschäftigten offen. Ostdeutsche Firmen erhalten erhöhte Fördersätze.

4. Legislaturperiode 2009 bis 2013: Vorhaben in der Forschungs- und Innovationspolitik

Ein Leitgedanke für die neue Legislaturperiode ist: Vorrang für Bildung und Forschung. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Wir werden die Quellen des Wachstums für morgen in den Mittelpunkt stellen, dies betrifft insbesondere Bildung und Forschung und neue Technologien, Produkte und Dienstleistungen. Hier entscheidet sich mehr als an anderem die langfristige Zukunft Deutschlands.“ Deshalb wird die Bundesregierung Investitionen in Innovationen anregen, die Wissenschaft stärken und einen Technologieschub für mehr Nachhaltigkeit auslösen. Deutschland soll mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung investieren.

Hightech-Initiative und Zukunftstechnologien

- Förderung und Akzeptanz von Zukunftstechnologien tragen wesentlich zum Erhalt und zur Steigerung der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands bei. Deshalb werden neue Technologien weiter unterstützt und vorangetrieben: Nanotechnologie, Werkstoff- und Materialforschung, Umwelt- und Klimaschutztechnologien, Verkehrs- und Fahrzeugtechnologien einschließlich intelli-

gener Verkehrsleit-, -management und -sicherheitssysteme, zivile Sicherheitsforschung zum Schutz vor Terrorismus, Kriminalität und Naturkatastrophen, kerntechnische Sicherheitsforschung und Fusionsforschung, Mikroelektronik, ITK (Informations- und Telekommunikationstechnik), neue chemische Produkte, Biotechnologie, Pharmaforschung, Meerestechnik sowie Luft- und Raumfahrtforschung. Für die deutsche Raumfahrt wird eine eigenständige Strategie mit klaren Missions- und Technologiezielen weiterentwickelt.

- Die Hightech-Initiative wird weitergeführt und auf die Anwendungsfelder Klimaschutz/Energie, Gesundheit, Mobilität, Kommunikation und Sicherheit konzentriert. Die Förderung der Schlüsseltechnologien wird noch stärker auf diese gesellschaftlich relevanten Felder ausgerichtet. Die rechtlichen Rahmenbedingungen werden innovationsfreundlich gestaltet. Die Instrumente der Hightech-Strategie werden geprüft und weiterentwickelt mit einem besonderen Schwerpunkt auf kleinen und mittleren Unternehmen. Dabei werden auch neue Impulse für den Wissens- und Technologietransfer und die Validierung von Forschungsergebnissen angestrebt. Ein wichtiges Ziel ist, die Hightech-Strategie auch nach Europa zu tragen.

Innovationsfinanzierung und Hightech-Gründungen

- Die Verlust- und Zinsabzugsbeschränkungen werden sowohl für international aufgestellte Konzerne als auch für mittelständische Unternehmen entschärft. Das geschieht schon mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zum 1. Januar 2010. Bei den grenzüberschreitenden Leistungsbeziehungen werden die negativen Auswirkungen der Neuregelung zur Funktionsverlagerung auf den Forschungs- und Entwicklungsstandort Deutschland beseitigt.
- Die Bundesregierung strebt eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung an, die zusätzliche Forschungsimpulse insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen auslöst.
- Es wird ein Hightech-Gründerfonds II als Public-Private-Partnership aufgelegt, der auf den Erfahrungen des ersten Fonds aufbaut. Darüber hinaus soll dringend benötigtes privates Kapital für deutsche Venture Capital Fonds (Chancenkapital)

tal) mobilisiert werden, indem institutionellen Investoren eine anteilige Garantiemöglichkeit zur Risikoabsicherung ihrer Fondseinlagen angeboten wird. Das Umfeld für die Tätigkeit von Business-Angels in Deutschland soll verbessert werden.

Energieforschung

- Es wird ein neues Energieforschungsprogramm mit Schwerpunkten in der Energieeffizienzforschung, den Speichertechnologien, intelligenter Netztechnik und Biokraftstoffen der zweiten Generation entwickelt.
- Die aus der Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken freiwerdenden Mittel sollen vor allem zur Erforschung erneuerbarer Energien, insbesondere von Speichertechnologien verwandt werden.
- Eine breit angelegte und technologieoffene Kraftstoffstrategie wird entwickelt, die alle alternativen Technologien und Energieträger berücksichtigt. Deutschland soll sich zudem zum „Leitmarkt der Elektromobilität“ entwickeln.

Forschung für den Menschen: Gesundheits-, Bildungs- und Altersforschung

- In der Gesundheitsforschung werden vor allem die Präventionsforschung, die schnellere Umsetzung von Erkenntnissen in die Praxis und neue Konzepte der Versorgungs- und Gesundheitssystemforschung verstärkt. Zudem soll der Weg für eine individualisierte Medizin geebnet werden. Mit den „Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung“ als langfristig angelegte, gleichberechtigte Partnerschaften von Forschungseinrichtungen, Universitäten, Universitätskliniken und Kliniken werden die Voraussetzungen geschaffen, rasch zunehmende Volkskrankheiten wirksamer bekämpfen zu können.
- Die medizinische, technische und sozialwissenschaftliche Forschung für ein selbst bestimmtes Leben im Alter wird ausgebaut - auch im europäischen Rahmen. Wir starten eine Innovationspartnerschaft „Gesundheit im Alter“. Auch geht es um die Entwicklung von altersgerechten Assistenzsystemen und altersgerechten innovativen Wohnmodellen.

- Zur Verbesserung einer gesunden motorischen, kognitiven und emotionalen Entwicklung von Kindern wird die Bildungs- und Bindungsforschung ausgebaut.

Biotechnologie und Stammzellforschung

- Mit Unterstützung des Bioökonomierates wird eine international wettbewerbsfähige Strategie zu einer wissensbasierten Bioökonomie erarbeitet und umgesetzt. Die verantwortbaren Innovationspotentiale der Bio- und Gentechnik sollen weiterentwickelt werden.
- Die Einrichtung einer Dialogplattform „Deutsches Stammzellnetzwerk“ wird geprüft.

Bürgerdialog, Haus der Zukunft

- Forschung braucht den Dialog mit der Gesellschaft. Deshalb werden neue Dialogplattformen einrichtet, auf denen mit den Bürgerinnen und Bürgern Zukunftstechnologien und Forschungsergebnisse zur Lösung der großen globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen intensiver diskutiert werden. Insbesondere bei gesellschaftlich kontroversen Zukunftstechnologien wollen wir einen sachlichen Diskurs, der auf Toleranz aufbaut, eine realistische Abschätzung der Chancen und Risiken für den Einzelnen und die Gesellschaft ermöglicht und den erreichbaren Konsens auslotet.
- Unter wissenschaftlicher Leitung und mit Unterstützung der Wirtschaft wird in der Hauptstadt ein „Haus der Zukunft“ geschaffen, in dem sich Deutschland als Wissensgesellschaft und Innovationstreiber präsentiert. Die Forschungsmuseen werden gestärkt.

Innovativer Mittelstand

- Zur Intensivierung des Technologietransfers, der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft und zur Stärkung der Innovationsfähigkeit des Mittelstandes wird das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand ZIM“ auf hohem Niveau fortgeführt. Der forschende Mittelstand wird darüber hinaus besonders von der geplanten steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung profitieren.

Schutz des geistigen Eigentums

- Innovationen und Erfindungen brauchen gewerblichen Rechtsschutz. Wir wollen deshalb den rechtlichen Rahmen für einen wirksamen Schutz des geistigen Eigentums durch Patente, Marken und Muster weiter stärken und den Zugang zu Schutzrechten für den Mittelstand erleichtern. Wir werden uns auch auf europäischer und internationaler Ebene für wirksame Maßnahmen gegen die weltweite Marken- und Produktpiraterie einsetzen.

Innovations- und Forschungsstandort Neue Länder

- Zur Stärkung des Innovationsstandortes und zum Ausbau des Hochschul- und Forschungsstandortes Neue Länder werden die Programme „Unternehmen Region“ und „Spitzenforschung und Innovation“ fortgeführt. Zudem profitiert die stark auf dem Mittelstand aufgebaute Wirtschaftsforschung in den Neuen Ländern besonders vom ZIM. Die Innovationsförderung wird noch stärker auf den Technologietransfer ausgerichtet.
- Eine Besonderheit in den Neuen Bundesländern sind die gemeinnützigen Forschungseinrichtungen. Sie werden evaluiert und auf der Grundlage der Ergebnisse zum Teil in die institutionell von Bund und Ländern geförderten Forschungsorganisationen eingegliedert.
- Bei der Einrichtung neuer Forschungseinrichtungen werden die ostdeutschen Länder angemessen berücksichtigt. Angestrebt wird vor allem die Ansiedlung eines Forschungsinstituts zur nachhaltigen und sicheren Rohstoffversorgung.

Stärkung der Wissenschaft in Hochschulen und Forschungseinrichtungen

- Der Pakt für Forschung und Innovation und die Exzellenzinitiative werden fortgeführt. Bund und Länder haben bereits am 4. Juni 2009 beschlossen: Max-Planck-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Fraunhofer-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft sowie die Deutschen Forschungsgemeinschaft werden ab 2011 bis 2015 5 Prozent mehr Mittel bekommen. Damit erhalten unsere außeruniversitären öffentlichen Forschungsinstitute die notwendige Planungssicherheit für Spitzenforschung, ihre Grundfinanzierung ist sichergestellt. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft erhält Spielräume zur Förderung der Hoch-

schulforschung. Bei der Exzellenzinitiative wird das Fördervolumen um 30 Prozent auf rund 2,7 Mrd. Euro mit einer Laufzeit bis 2017 gesteigert. Im Sommer 2012 wird über die nächsten Förderanträge entschieden werden.

- Die Programmpauschale (Zuschlag für die DFG-Forschungsprojekte) wird fortgeführt und ihre Einführung in die Projektförderung des Bundes geprüft.
- Die angewandte Fachhochschulforschung wird weiter gestärkt und die Bedeutung kooperativer Graduiertenschulen zwischen Fachhochschulen und Universitäten anerkannt.
- Verbünde zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen weiter vorgebracht werden, Modelle wie das des „Forschungscampus“, an dem auch Unternehmen beteiligt sind, werden unterstützt wie auch die Bereitschaft der Forschungsorganisationen stärker miteinander und mit den Hochschulen (bspw. bei gemeinsamen Berufungsverfahren) zusammenzuarbeiten.
- Die Wissenschaftsfreiheitsinitiative wird fortgesetzt, insbesondere mit dem Ziel Globalhaushalte einzuführen und die Möglichkeiten für Unternehmensbeteiligungen und Ausgründungen zu verbessern. Dafür wird ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz vorgelegt. Zudem wird die Bundesregierung die Möglichkeit außertariflicher Vergütungen und Tarifhoheit für die Forschungsorganisationen prüfen.
- An besseren Karrierechancen für den wissenschaftlicher Nachwuchs und Frauen in der Wissenschaft wird weiter gearbeitet. Um die internationale Anziehungskraft der deutschen Hochschulen zu steigern, werden internationale strategische Partnerschaften unterstützt und Mobilitätshindernisse, auch im Bereich der sozialen Sicherungssysteme abgebaut.
- Geistes- und Kulturwissenschaften werden weiter gestärkt.

Zukunftsweisende Forschungsinfrastrukturen

- Nach Abschluss der laufenden Evaluierung der Ressortforschungseinrichtungen im Jahr 2010 werden die Strukturen der Ressortforschung ergebnisoffen überprüft.
- Für die großen Forschungsinfrastrukturen wird ein Roadmap-Prozess gestartet, in dem die deutschen Prioritäten festgelegt und in den europäischen Prozess für Forschungsinfrastrukturen ESFRI eingebracht werden.

Europäischer Forschungsraum und Internationalisierung

- Die europäische und internationale Zusammenarbeit in Bildung und Forschung wird weiter intensiviert. Wir werden den europäischen Forschungsraum und die Vorbereitung des achten Forschungsrahmenprogramms aktiv mitgestalten. Wir wollen, dass die Wissenschaftler in Deutschland in größtmöglichem Umfang an allen Programmen des europäischen Forschungs- und Innovationsraums teilhaben können.
- Im Rahmen der Weiterentwicklung der Lissabon-Strategie der EU (Strategie Europa zum weltweit wettbewerbsfähigsten Region zu machen) setzen wir weiter auf Forschung und Entwicklung als einen prioritären Bereich. Deutschland wird sich dafür einsetzen, dass – unter Beachtung der geltenden EU-Haushaltsobergrenze – eine schrittweise Neustrukturierung zugunsten von gemeinsamen europäischen Zukunftsprojekten, also auch für Forschung und Innovation, vorgenommen wird.
- Die Internationalisierungsstrategie wird ausgebaut. Bildung und Forschung sollen auch zu einem Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit den Schwellen- und Entwicklungsländern werden.

Den Koalitionsvertrag für die 17. Legislaturperiode im Wortlaut finden Sie unter:

<http://www.cdu.de/doc/pdfc/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>